



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> José Montilla zum neuen Regionalpräsident in Katalonien gewählt



Gerade einmal drei Wochen nach den Regionalwahlen in Katalonien am 1. November ist José Montilla (PSC) zum 128. Präsidenten der katalanischen Regierung, der „*Generalitat*“, in der autonomen spanischen Region gewählt worden. Das Regionalparlament in Barcelona wählte ihn am Freitag mit den 70 Stimmen der „Dreierkoalition“ aus Sozialisten (PSC), Linksnationalisten (ERC) und Grünen (ICV) ins Amt. Gegen Montilla stimmten die 65 Abgeordneten der liberalkonservativen CiU, der konservativen Volkspartei (PP) und der neuen anti-nationalistischen Partei *Ciutadans*. Damit ist der gebürtige Andalusier Montilla der erste Regionalpräsident, der nicht aus Katalonien stammt.

Montilla wird am kommenden Dienstag seinen Parteifreund Pasqual Maragall, der vor drei Jahren die erste linksnationalistische Koalition gebildet hatte, ablösen und sein neues Kabinett vorstellen.



In der vorangegangenen Parlamentsdebatte hatte CiU-Vorsitzender Artur Mas (Foto), dessen Parteienbündnis als stärkste Kraft aus der Regio-

nalwahl hervorgegangen war, dem neuen Regierungschef die Hand ausgestreckt. Die CiU wolle auch künftig in Katalonien mitbestimmen, denn sie habe eindeutig die Wahlen gewonnen. Der neue stellvertretende Regierungschef, der Linksnationalist Josep Lluís Carod-Rovira (ERC), kontierte, dass es angesichts des „niederträchtigen“ Wahlkampfs der CiU zu keiner Zusammenarbeit zwischen der Regierungskoalition und der CiU kommen könne. Mas müsse verstehen, dass er und seine Partei die Wahl verloren und daher keinen Anspruch auf eine Mitregentschaft hätten. Auch Montilla stellte in seiner Rede fest, dass die CiU nicht glauben dürfte, sie hätte ein Recht auf der Regierungsbank zu sitzen. Frustration, so Montilla, sei keine positive Basis, um gemeinsam Politik für Katalonien zu betreiben.

Unterdessen trafen sich am Samstag die katalanischen Christdemokraten (UDC), die zusammen mit der *Convergència* (CdC) das Parteienbündnis CiU bilden, auf einer Sitzung des nationalen Vorstands,



um über die Zukunft der CiU und die neue politische Ausrichtung der UDC zu diskutieren. UDC-Chef Josep Antoni

Duran i Lleida (Foto) erläuterte, seine Partei müsse nun wieder nach vorn schauen. Das Klagen seitens des Bündnispartners Convergència sei nicht hilfreich. Die neue Regierung in Barcelona sei legal an die Macht gekommen. Stattdessen müsse sich nun die UDC Gedanken machen, wie es mit dem Parteienbündnis weitergehen solle und wie sich die UDC künftig als eigenständige Partei behaupten solle. Die UDC müsse nun ein klares Profil zeigen und die Unterschiede zur Convergència deutlich machen, sagte der Christdemokrat. Duran i Lleida kritisierte die Ankündigung von CiU-Chef Mas, den nationalistischen Kurs der Partei fortzusetzen. Nach der Verabschiedung des Autonomiestatuts sei die Zeit gekommen, sich auf die „ideologischen“ Unterschiede zum Linksbündnis zu konzentrieren. Dies bedeute „mit allem Respekt gegenüber Mas“, so betonte Duran i Lleida, dass „wir uns auf die notarielle Beglaubigung gegen die PP beziehen dürfen“. Mit diesen Worten spielte Duran i Lleida auf die notariell beglaubigte Erklärung von Artur Mas während des Wahlkampfes an, sich niemals mit der konservativen Volkspartei verbünden zu wollen. Die UDC hatte diese Erklärung parteiintern als schweren Fehler bezeichnet, denn ohne potentiellen Koalitionspartner würde die CiU dauerhaft auf die Oppositionsbank verwiesen werden.

Wenn auch Duran i Lleida nicht dezidiert von einer Aufkündigung des CiU-Parteienbündnisses sprach, so waren seine Worte doch eine deut-

liche Warnung an die Convergència.

Der UDC-Vorstand hat nun beschlossen, eine Initiative unter der Bezeichnung „Auf Katalonien hören“ zu starten, um mit allen Teilen der katalanischen Gesellschaft das Gespräch zu suchen und daraus Ideen für die eigene Parteilarbeit zu gewinnen.

## >> **Baskische Parteien räumen Rückschritte im „Friedensprozess“ ein**

Acht Monate, nachdem die baskische Terrorbande ETA einseitig eine Waffenruhe ausgerufen hatte, mussten die baskischen Sozialisten (PSE) und Nationalisten (PNV) nun erstmals öffentlich eingestehen, dass der „Friedensprozess“ mit der ETA massiv bedroht ist. Die zunehmende Gewalt auf den Straßen und die überzogenen Forderungen von Batasuna, dem politischen Arm der ETA, hätten die Bemühungen um eine friedliche Beilegung des 30-jährigen Konflikts im Basken-



land stark verkompliziert. Der PNV-Vorsitzende Josu Jon Imaz (Foto) sagte in einem Interview mit dem baskischen Radiosender „Euskadi Irratia“, das Hauptproblem bestehe darin, dass Batasuna es nicht geschafft habe, sich von der ETA abzunabeln. Die Schwierigkeiten lägen insbesondere darin, dass die ETA versuche, den Prozess zu dominieren. Diese erschwere gleichzeitig den Fortgang der Ge-

sprache zwischen den baskischen Parteien, die zwischenzeitlich Fortschritte bei der Schaffung einer politischen Grundlage, der Methode und der Agenda des „Runden Tisches der Parteien“ erzielt hätten. In einem Versuch, die innerbaskischen Verhandlungen von denen zwischen der Regierung in Madrid mit der ETA abzukoppeln, betonte Imaz, die „diskreten“ Gespräche der PNV und PSE mit Batasuna würden fortgesetzt werden. „Gott behüte, dass diese Gespräche ausgesetzt werden, nur weil die ETA beschlossen hat, gewisse Aktivitäten weiter zu verfolgen“, sagte eine nicht genannte Quelle gegenüber der Tageszeitung „El País“. Ziel der Gespräche sei es, einen „Vorvertrag“ abzuschließen, der erst dann in Kraft träte, wenn Batasuna einen Gewaltverzicht ausrufe. Nur dann könne und müsse Batasuna wieder legalisiert werden. Die Vorsitzende der baskischen Volkspartei, María San Gil (Foto), hat die Einladung zu



den Gesprächen mit der Batasuna vehement abgelehnt, solange die Voraussetzungen, d.h. eine Erklärung zum Gewaltverzicht, nicht geschaffen seien. Damit bleibt der angestrebte Konsens aller baskischen Parteien zum „Friedensprozess“ nach wie vor brüchig.

Die konservative Tageszeitung „La Razón“ berichtete unterdessen, die spanische Regierung plane nun für Dezember ein „Schlüsseltreffen“ mit der ETA. Die Regierung hat bisher jedoch die Existenz eines solchen Termins weder bestätigt

noch dementiert. Gleichzeitig erklärte aber ein Mitglied des Kabinetts von Ministerpräsident Zapatero in der Tageszeitung „ABC“, die „Kommunikation [mit der ETA] ist nicht abgebrochen, doch es wäre eine große Lüge zu behaupten, dass es Fortschritte gibt“. Die Sorge über die Entwicklung des „Friedensprozesses“ sei erheblich, hieß es aus Regierungskreisen.

Indes mehren sich Anzeichen, dass sich die ETA in den Süden Frankreichs zurückzieht. Einem Bericht französischer Sicherheitsorgane zufolge sollen sich inzwischen 516 ETA-Aktivisten in Frankreich aufhalten. Vor einem Gericht in Paris hat nun ein französischer Antiterror spezialist davor gewarnt, die ETA könne die Waffenruhe dazu nutzen, sich wieder zu bewaffnen und neu zu formieren. „Die Aktivitäten der ETA in Frankreich sind auf dem gleichen Stand wie in der Zeit vor der Verkündung der Waffenruhe“, sagte der Beamte. Der Friedensprozess in Spanien habe keine Auswirkung auf die Operationen der ETA gezeigt. Seit April 2005 gingen nachgewiesen fünf Überfälle auf das Konto der ETA. Dabei hätte sie wieder die „volle operationelle Schlagkraft“ erreicht wie seinerzeit während der Waffenruhe von 1998 und 1999. Spaniens Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba räumte zwar ein, dass sich die ETA nach Frankreich absetzt, doch stellte er die genannte Anzahl von 516 ETA-Aktivisten in Frage. Er forderte nun von der französischen Polizei weiteres Beweismaterial.

## >> **Sonntagsfrage: Vorsprung der PSOE noch 1,4 Prozent vor der PP**

In einer in der konservativen Tageszeitung ABC veröffentlichten Umfrage des regierungsnahen Meinungsforschungsinstituts CIS büßt die regierende sozialistische Partei PSOE ihren Vorsprung vor der konservativen Volkspartei (PP) ein und erreicht in der Wahlprognose 39,3 Prozent, was einen Rückgang der Zustimmung der Wählerschaft um 3,3 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Parlamentswahl am 14. März 2004 bedeutet. Die oppositionelle Volkspartei kann sich leicht um 0,3 Punkte verbessern. Damit beträgt der Abstand zwischen den beiden großen spanischen Parteien lediglich noch 1,4 (2004: 5) Prozentpunkte.

Ebenfalls leichte Zugewinne von 0,2 Prozent verzeichnet die kommunistische Izquierda Union (Vereinigte Linke) und kommt auf 5,1 Prozent; die katalanischen Linksnationalisten (ERC) kommen auf 2,8 Prozent (+0,3) und die baskischen Nationalisten PNV auf 1,7 Prozent (+0,1). Die katalanischen Liberal-konservativen von der CiU können 3,1 Prozent (-0,1) auf sich vereinigen.

Bei der Bewertung der Arbeit von Regierung und Oppositionspartei haben die Meinungsforscher folgende Werte gemessen: Eine relative Mehrheit von 41 Prozent sieht die Regierungsarbeit als "befriedi-

gend" an, 25,8 Prozent als "gut" und 3,6 Prozent als "sehr gut". 16,9 Prozent vertreten die Auffassung, dass Arbeit des Regierungschefs "schlecht" ist und 9,5 Prozent halten sie für "sehr schlecht"; 3,2 Prozent machen keine Angaben.

Die Arbeit der oppositionellen Volkspartei bewerten 32,7 Prozent mit "befriedigend", während die Werte "sehr gut" bei 1,7 Prozent und "gut" bei 12,3 Prozent liegen. Als "schlecht" wird die PP-Arbeit von 27,4 Prozent angesehen und als "sehr schlecht" von 21,6 Prozent.



Bei den Popularitätswerten liegt Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) deutlich vor PP-Chef Mariano Rajoy.

Zum Regierungschef Zapatero haben 31,8 Prozent "ziemliches" Vertrauen. Ein „bisschen“ Vertrauen haben 34,5 Prozent, „viel“ Vertrauen 7,5 Prozent und „kein“ Vertrauen 22,2 Prozent (keine Angabe: 3,9 Prozent). PP-Vorsitzender Rajoy besitzt laut Umfrage "ziemliches" Vertrauen von 16,6 Prozent, ein "bisschen" Vertrauen von 37,6 Prozent, „viel“ Vertrauen von 3,3 Prozent und „kein“ Vertrauen 38 Prozent (keine Angabe: 4,6 Prozent).

Als Gründe für den Popularitätsverlust der Sozialisten nennt die CIS-Umfrage den ins Stocken geratenen „Friedensprozess“ mit der Terrororganisation ETA und den eskalierenden Straßenvandalismus („kale borroka“) im Baskenland.

Darüber hinaus färbte der mit Hetzkampagnen versehene Wahlkampf in Katalonien auf die Wählerintentionen ab. Die Umfrage wurde Ende Oktober vor den katalanischen Regionalwahlen am 1. November durchgeführt.

In einer ersten Stellungnahme sagte PP-Chef Mariano Rajoy (Foto),



die Umfrage zeige, dass die Menschen in Spanien eine „gemäßigte Politik der Mitte“ bevorzugen.

Er sei davon überzeugt, seine Partei werde die PSOE in dieser Legislaturperiode noch überholen. Die Opposition sehe das Umfrageergebnis, das beste der vergangenen zweieinhalb Jahre, als Ansporn, eine „Politik der Alternativen“ zu betreiben. Allerdings, so warnte Rajoy, gäbe es noch keinen Grund zu triumphieren, denn die Umfrage sei lediglich eine Zeitaufnahme und reflektiere eine Tendenz. Die Partei könne sich nicht zurücklehnen, sondern müsse hart arbeiten, um die Wählerinnen und Wähler von der Richtigkeit der Parteistrategie vollends zu überzeugen.

Für die Volkspartei und insbesondere für Rajoy kommt die Umfrage genau zum richtigen Zeitpunkt. Der Parteivorsitzende, der gegenwärtig die Strategie der Volkspartei in die politische Mitte zurückzuführen beabsichtigt, tritt zunehmend selbst



ins Rampenlicht der Medien. Bisher hatte er weitgehend Fraktionssprecher Eduardo Zaplana und Generalsekretär Angel Acebes

(Foto) das Feld überlassen. Rajoy, der allgemein als gemäßigt gilt, will offensichtlich das negative Image der Volkspartei abschütteln und sich selbst als Parteiführer der Mitte verkaufen. Viele in der PP sehen diesen Schritt als längst überfällig, doch der Schatten von José María Aznar, dem „Übervater“ der Volkspartei, und das Trauma der bitteren Niederlage nach den blutigen Anschlägen von Madrid im März 2004 haben die Partei zweieinhalb Jahre in Trance versetzt. Durch den unerwarteten Verlust der Regierungsverantwortung weigerte sich die Partei, die Oppositionsrolle anzunehmen. Davon profitierte vor allem die Sozialistische Partei. Die schwierige Aufgabe von Rajoy besteht nun darin, die gesamte Partei auf den neuen Kurs einzuschwören. Die erste Bewährungsprobe muss Rajoys Strategie im Mai nächsten Jahres bestehen, wenn Spanien in den Regionen und den Kommunen an die Wahlen geht.

## >> **Spanien reformiert Jugendstrafrecht**



Das spanische Parlament hat am vergangenen Donnerstag die Novellierung des Jugendstrafrechts verabschiedet. Das neue Gesetz, das auf Initiative der regierenden PSOE und dem spanischen Justizminister Juan Fernando López Aguilar auf dem Weg gebracht wurde, sieht vor, dass Straftäter zwischen 18 und 21 Jahren zukünftig nicht mehr nach dem Jugendstrafrecht,

sondern nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft werden sollen. Darüber hinaus soll ein besserer Schutz der Opfer insbesondere während des Prozesses gewährleistet werden. Die konservative Volkspartei Partido Popular (PP) und die katalanischen Grünen (ICV) stimmten dagegen; die baskische Eusko Alkartasuna (EA) und Nafarroa Bai enthielten sich der Stimme. Das Gesetz muss nun vom spanischen Senat beschlossen werden.

## >> PSD diskutiert neues Parteiprogramm

Die portugiesischen Sozialdemokraten (PSD), die seit 2005 auf den Oppositionsbänken im Parlament,



der [Assembleia da República](#) sitzen, haben beschlossen, ihr Parteiprogramm von

1974 zu reformieren. Das Programm wurde zuletzt 1992 revidiert. Zum Vorsitzenden der Programmkommission wurde der ehemalige Ministerpräsident (1981–1983) und Gründungsvater der PSD Francisco Pinto Balsemão ernannt.

Die Reform des Parteiprogramms wird begleitet von einer Reihe von Diskussionsforen, um über "Werte und Linien des neuen Parteikurses" mit Parteimitgliedern und der Öffentlichkeit zu debattieren. Darüber hinaus kann sich die Öffentlichkeit an der Programmreform über das Internet beteiligen. Dazu hat die PSD unter [www.programa.psd.pt](http://www.programa.psd.pt) eine eigene Internetseite eingerichtet.



Zum Auftakt der Reihe fand am 23. November die erste Sitzung mit dem PSD-Chef Luís Marques Mendes (Foto) zum Thema "Die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert: Neue Ursachen und Herausforderungen" in Porto im Norden Portugals statt. Marques Mendes betonte, es gehe nicht darum, ein völlig neues Parteiprogramm zu erschaffen, sondern es auf den Stand des 21. Jahrhunderts zu bringen. Die Werte und Prinzipien der Partei hätten sich nicht geändert, doch habe sich Portugal in den vergangenen 15 Jahren verändert. Es gelte, dies zu berücksichtigen.

Die Programmkommission hat nun bis zum 4. Dezember 2007 Zeit, die Revision des Parteiprogramms abzuschließen.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.

Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Michael Däumer/Stefanie Landin

Design: Normann Kreuter

Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)

Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)